



Zweitwohnungsinitiative hemmt Entwicklung und gefährdet Arbeitsplätze

Die Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» will den Zweitwohnungsbau pro Gemeinde auf 20 Prozent beschränken. Inzwischen finden auch viele Stimmberechtigte, dass ein solch starres Bundesdiktat der falsche Weg ist. In der aktuellen SRG-Umfrage haben sich noch 52 Prozent der Befragten für die Initiative ausgesprochen, 37 Prozent sind dagegen.

Zehn Tage vor dem Abstimmungssonntag würden 52 Prozent der Befragten die Zweitwohnungsinitiative bestimmt oder eher annehmen. Bei der letzten Umfrage im Januar stimmten noch 61 Prozent der Stimmberechtigten der Initiative zu. Dieses Umfrageergebnis zeigt: Viele Stimmberechtigte haben die schädliche Wirkung der Initiative erkannt.

Die Initiative ist unnötig und schiesst über das Ziel hinaus. Intakte Naturlandschaften sind ein wichtiges Kapital der Schweiz. Der an gewissen Orten grosse Anteil von «kalten Betten» missfällt allen. Der Bund zwingt die Gemeinden aber schon heute zum Schutz der Umwelt und zum sorgfältigen Umgang mit unserer Landschaft. Das revidierte Raumplanungsgesetz trat im Juli 2011 in Kraft. Es wurde vom Parlament als indirekter Gegenvorschlag zur Zweitwohnungsinitiative verabschiedet. Kantone und Gemeinden müssen bis 2014 Massnahmen zur Beschränkung des Zweitwohnungsbaus in ihren Richt- und Nutzungsplänen verankern. Zudem müssen preisgünstige Erstwohnungen sowie die Hotellerie gefördert und bestehende Zweitwohnungen besser ausgelastet werden.

Starres Bundesdiktat verlagert das Problem, statt es zu lösen

Die Gemeindeautonomie ist ein wichtiger Bestandteil unseres föderalen Staatssystems. Dass die Gemeinden selbst entscheiden und regional ausgewogene Massnahmen treffen können, führt viel besser zum Ziel als eine zentralistische Einheitslösung. Der Bund soll die Gemeinden nicht bevormunden. Eine starre 20-Prozent-Quote nimmt weder Rücksicht auf die raumplanerischen Gegebenheiten innerhalb einer Gemeinde, noch schenkt sie der regionalen Entwicklung Beachtung. In Gemeinden, die den maximal zulässigen Zweitwohnungsanteil noch nicht erreicht haben, würde ein Bauboom ausgelöst. Das Problem Zweitwohnungsbau würde somit nicht gelöst, sondern nur verlagert. Anstatt lokal verdichteter zu bauen, würde weiter zersiedelt.

Zweitwohnungen sind für unsere Tourismuskantone eine wichtige Einnahmequelle. Die Annahme der Initiative würde sie vor allem durch den sofortigen Baustopp empfindlich treffen. Im Kanton Graubünden dürften 136 der 175 Gemeinden keine Zweitwohnungen mehr errichten. 80 davon liegen sogar in strukturschwachen Regionen. Das Wirtschaftsforum Graubünden hat einen Verlust von 15 Prozent der Arbeitsplätze und damit auch einen entsprechenden Rückgang der Bevölkerung prognostiziert, falls die Initiative angenommen würde. Aber auch Baufirmen und Zulieferbetriebe im Flachland sind betroffen. Die Initiative gefährdet zahlreiche Arbeitsplätze und letztlich unseren Wohlstand. Das darf nicht sein, ein NEIN ist am 11. März die richtige Antwort auf diese übertriebene, unnötige und gefährliche Initiative.

Weitere Informationen gegen die Zweitwohnungsinitiative:

dossierpolitik «Zweitwohnungsbau: Starres Bundesdiktat hemmt Entwicklung»

Medienmitteilung aller Gegner der Zweitwohnungsinitiative